



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 11.02.2011

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 17. Februar 2011, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift
2. Fragestunde
3. Mitteilungen
4. **11-F-02-0009**

Neue Flächen für Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.02.2011 -

Die Landeshauptstadt Wiesbaden konnte sich in den letzten Jahren gegen den bundesweiten Trend behaupten. Die Einwohnerzahl wächst nach wie vor und wird mittel- bis langfristig weiter ansteigen. Entsprechend groß bleibt die Nachfrage nach attraktiven Wohnmöglichkeiten in Wiesbaden und zwar sowohl im Geschosswohnungsbau, als auch in Baugebieten für Ein- und Zweifamilienhäuser.

Fehlende Flächenangebote und daraus resultierend hohe Grundstückspreise führen immer wieder zum Scheitern günstigen von Wohnbauprojekten. Das Fehlen geeigneter Flächen ist der entscheidende Faktor für die geringe Bautätigkeit insbesondere im Geschosswohnungsbau. Die

Sicherstellung der Wohnraumversorgung auch für die Bevölkerungskreise, die auf dem freien Wohnungsmarkt nur geringe Chancen haben - eine wesentliche Aufgabe kommunaler Wohnungspolitik - wird dadurch entscheidend erschwert.

Vor diesem Hintergrund wolle die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, ein Flächenkonzept zu erarbeiten, das kurz bis mittelfristig neue Flächen für den Wohnungsbau erschließt.
2. Dabei sind insbesondere die nachstehend aufgeführten Flächen auf ihre Eignung als Fläche für den Geschosswohnungsbau bzw. zur Bebauung mit freistehenden oder Reihenhäusern zu untersuchen:
 - o „Am Heiligenhaus“ in Igstadt
 - o „Hainweg“ in Nordenstadt
 - o „Kehrstraße“ in Rambach
 - o Entlang der „Schönaustraße“ in Schierstein
 - o „In der Bain“ in Nordenstadt
 - o Erweiterung der Siedlungsfläche „Hochfeld“ in Erbenheim Richtung Bierstadt („Hundshof“, „Nietzerfeld“)
 - o „Östlich des Hainerbergs / Krümmgewann“ in Erbenheim
 - o „Nördlich der Pflingstbornstraße“ in Breckenheim
 - o „Unterhalb des Friedhofs“ in Breckheim Süd
 - o Ortsrandbebauung oberhalb der „Langenheiner Straße“, in Breckenheim
 - o „Hellgasse bis zur Rieslingstrasse / am Großen Garten“, in Breckenheim
 - o „Auf den alten Gräben“, „Kuhhirsacker“ in Rambach
 - o Südlich der Erich-Ollenhauer-Straße („In den nassen Äckern“), Dotzheim
 - o Nord- und südöstlich der internat. Schule in Naurod
 - o „Auf der Schanz“ in Delkenheim
 - o „Auf der Platt“ (nördlich Kirche) in Igstadt
3. Die städtischen Wohnungsgesellschaften sind in die Konzeptentwicklung einzubeziehen.

5. 11-F-01-0013

European Business School

- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.02.2011 -

Die European Business School (EBS) war und ist mit ihrer Werbekampagne „Wir sind Uni“ im öffentlichen Raum präsent, obwohl sie den Universitätsstatus bisher noch nicht erlangt hat. Dabei wird auch das Logo der Landeshauptstadt Wiesbaden offensiv verwendet.

Der Magistrat möge berichten:

1. Hat sich die Landeshauptstadt Wiesbaden oder eine mit der Landeshauptstadt verbundene Gesellschaft an der Werbekampagne der EBS, „Wir sind Uni“, beteiligt - und in welchem Rahmen finanziell?
2. Welche Richtlinien gelten generell für die Nutzung des Wiesbaden-Logos für Werbezwecke durch private Unternehmen?

6. 11-F-03-0017

Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 09.02.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Um eine transparente und verlässliche Grundlage für die Durchführung von Bau- und Sanierungsmaßnahmen an den 78 Wiesbadener Schulen zu schaffen, wird der Magistrat gebeten, ein integriertes Planungs- und Entscheidungsinstrumentarium für den Schulbau und die Schulsanierungen zu entwickeln. Die Entscheidungen, wann welche Schulen saniert oder neu gebaut werden, sollten auf objektiven Kriterien basieren und auch für Bürgerinnen und Bürger klar nachvollziehbar sein.
2. Für die Prioritätenliste ist zunächst ein neutraler Gebäudezustandsbericht für alle Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu erstellen. Hier sind bauliche, energetische, technische, statische und allgemeine Kriterien (z.B. Brandschutz und Sicherheit) zu berücksichtigen. Das vorhandene Gebäudedatenmaterial der Objektmanager des Hochbauamtes bildet die Grundlage und ist gegebenenfalls zu ergänzen und zu aktualisieren. Die Gebäudezustände sind auch dahingehend zu erfassen und abzubilden, ob und wie einzelne Baumaßnahmen modular umgesetzt werden können.
3. Die sich daraus ergebenden Gebäudezustandsberichte münden in Verbindung mit den ermittelten Sanierungskosten in eine Schulbauprioritätenliste. Die Prioritätenliste soll objektivierbare Kriterien beinhalten, die zwischen dringend bzw. kurz-, mittel- und langfristig zu veranlassenden Maßnahmen unterscheiden. Die Lesbarkeit dieses Instrumentariums sollte einfach sein.
4. Die schulpolitischen Aussagen des Schulentwicklungsplanes sind in dieser Prioritätenliste zu berücksichtigen, insbesondere in Hinblick auf die Entwicklungen im Bereich der Ganztagschule und der Inklusion und der damit verbundenen infrastrukturellen bzw. räumlichen Anforderungen.
5. Mit der systematischen Zusammentragung und Erstellung der Prioritätenliste ist das Schulamt zu beauftragen. Die Sanierungen an den folgenden Schulen sind dabei als vordringlich zu betrachten: August-Hermann-Francke, Albert-Schweitzer, Freiherr-vom-Stein, Carl-von-Ossietzky und Wilhelm-Leuschner. Zudem bedarf das Werkstattgebäude der Friedrich-Ebert-Schule einer dringenden Sanierung.

7. 11-F-05-0001

Planungen für die Umweltzone stoppen!
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 08.02.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung hat anlässlich der 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplanes für den Ballungsraum Rhein-Main einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Luftqualität beschlossen. Der Katalog beinhaltet unter anderem, daß die Einrichtung einer regionalen Umweltzone unter Einbeziehung der Landeshauptstadt Mainz (Zusammenarbeit des Landes Hessen und des Landes Rheinland-Pfalz), der Stadt Frankfurt und der Stadt Offenbach angestrebt werden soll. In den Städten Mainz und Offenbach wird in absehbarer Zeit keine Umweltzone eingerichtet werden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, alle Planungen zur Einführung einer Umweltzone umgehend einzustellen.
2. Der Stadtverordnetenversammlung sind unverzüglich die Ergebnisse der Wirksamkeitsstudie, daß eine Umweltzone nur eine geringe Verbesserung der Luftqualität bringt und die Auswirkungen in keinem Verhältnis zu den Belastungen für die Bürger stehen, zur Verfügung zu stellen.

8. 11-F-04-0001

Durchfahrtsregelung für Radfahrer durch den Schloßpark Biebrich unter Berücksichtigung der Sicherheit der übrigen Parkbesucher
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 09.02.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, eine Regelung zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen, die es Radfahrern erlaubt, den Schloßpark Biebrich zu durchfahren. Dabei ist die Streckenführung so zu wählen, dass eine Gefährdung der übrigen Parkbesucher ausgeschlossen wird. Gegebenenfalls sind weitere Auflagen für die Durchfahrenden festzulegen.

9. 11-F-06-0013

Förderung und Bildung für alle von Anfang an
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 09.02.2011 -

Ab dem Jahr 2013 haben auch Kinder zwischen einem bis unter drei Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf Kindertagesbetreuung in Kindertagesstätten oder in der Kindertagespflege. Dasselbe gilt für Kinder unter einem Jahr, deren Eltern erwerbstätig, in Ausbildung oder arbeitssuchend sind, sowie Kinder, die eine Tagesbetreuung für ihre persönliche Entwicklung brauchen. Mit dieser Vorgabe hat der Gesetzgeber auf die wissenschaftlich unumstrittene Erkenntnis reagiert, dass eine nachhaltige, allseitige Förderung, insbesondere auch sozial benachteiligter und/oder armer Kinder sowie von Kindern mit besonderem sprachlichen Förderbedarf eine ausreichende und qualifizierte Betreuung für alle Altersstufen erfordert. Frühkindliche Förderung, Bildung und Betreuung sind nicht nur eine Möglichkeit, Beruf und Familie besser zu vereinbaren, sondern sie dienen der optimalen und umfassenden Entwicklung der kindlichen Persönlichkeit ebenso wie dem Ausgleich sozialer Benachteiligung.

Laut StVV-Beschluss Nr. 0307 vom 2. Juli 2009 soll dieser gesetzliche Anspruch durch folgende Zielgrößen für den Bedarf an Betreuungsplätzen in Wiesbaden umgesetzt werden:

- 10% der unter 1-Jährigen
- 35% der 1- bis unter 2-Jährigen
- 40% der 2- bis unter 3-Jährigen

Da nach allen bekannten Prognosen mehr als die angeführten Anteile aller Eltern ein solches Betreuungsangebot nutzen wollen, ist jetzt schon absehbar, dass dem gesetzlichen Anspruch der Wiesbadener Kinder nicht entsprochen werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

1. Die Quoten in der Kindertagesbetreuung sind in allen Altersstufen dem tatsächlichen Bedarf anzupassen.
2. Um den tatsächlichen Bedarf festzustellen, werden regelmäßig Erhebungen unter den Wiesbadener Eltern durchgeführt.
3. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt die Verpflichtung zur kommunalen Daseinsvorsorge an und stellt deshalb eine ausreichende Zahl von Betreuungsplätzen in städtischen Kitas zur Verfügung.
4. Um dem zukünftig steigenden Bedarf von Erzieherinnen und Erziehern gerecht werden zu können, sind angemessene Mittel in den Haushalt einzustellen.
5. Eine ausreichende Zahl von Erzieherinnen und Erziehern entsprechend der Leitlinien für eine gute Kindertagesbetreuung in Wiesbaden ist durch eine angemessene Bezahlung sicher zu stellen.
6. Eine kontinuierliche Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher insbesondere auch zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren ist zu gewährleisten.
7. Die LH Wiesbaden achtet auf die Einhaltung von Qualitätsstandards auch bei den freien Trägern von Kinderbetreuungseinrichtungen.
8. Die Betreuung in Tagespflege kann mittel- und langfristig nur eine Ergänzung sein.
9. Die Kinderbetreuung muss perspektivisch kostenfrei sein. Hierfür sind konkrete Schritte vorzuschlagen.

10. 11-F-07-0006

HSK

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 09.02.2011 -

Die anhaltende defizitäre und wie es heißt existenzgefährdende Lage der städtischen Kliniken erfordert ein baldiges Handeln der Politik. Laut Presseberichten hat die Klinik trotz der katastrophalen Finanzsituation in den letzten 4 Jahren Gutachten für ca. 14 Millionen Euro beauftragt.

Der Magistrat wird gebeten in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17. Februar Ausführungen zu machen zu folgenden Punkten:

1. War der Aufsichtsrat unterrichtet über die Beauftragung der Gutachten und hat er zugestimmt?
2. Was sind nach Auffassung des Magistrats die wesentlichen Gründe für die defizitäre Lage der HSK?
3. Ist der Magistrat der Meinung, daß die Geschäftsführung alle notwendigen Maßnahmen getroffen hat, um die HSK aus den roten Zahlen herauszuführen, oder erscheinen ihm Änderungen beim Management wünschbar?
4. Wie stellt sich der Magistrat die Zukunft der HSK vor, zieht er eine Teilprivatisierung als Lösung der Probleme in Erwägung, und wenn ja, in welchen Bereichen?

11. 10-F-03-0035

Grundstücksverwertungen im Bereich des Schuldezernats
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 02.11.2010 -

Mit Beschluss-Nr. 609 hat die Stadtverordnetenversammlung am 17.12.2009 beschlossen, dass im Rahmen der Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen 2010/2011 im Bereich des Schuldezernats zur teilweisen Refinanzierung Grundstücksverwertungen herangezogen (SV 09-V-40-0045) werden. Hiervon sind aktuell acht Schulen in der Landeshauptstadt Wiesbaden betroffen, bei vier weiteren Schulen ist die Prüfung zunächst zurückgestellt worden. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Beschlusses sind die örtlichen Akteure (Schulgemeinde, Fördervereine, Ortsbeiräte) und deren Belange rechtzeitig anzuhören und angemessen zu berücksichtigen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, bei der Prüfung der Verwertungsmöglichkeiten rechtzeitig die Schulleitungen, die Elternvertretungen, die Fördervereine und die Ortsbeiräte mit einzubeziehen, um ein möglichst breiten Konsens herzustellen.
2. Der Magistrat wird gebeten, dass bei den Prüfungen neben ökonomischen und planungsrechtlichen Aspekten insbesondere auch pädagogische Kriterien (z.B. vorhandene Konzeptionen zur Ganztagsbetreuung) heranzuziehen sind.
3. Der Magistrat wird ferner darum gebeten, die zur Verwertung anstehenden Schulgrundstücke auch dahingehend zu prüfen, ob vorhandene Flächengestaltungen bzw. beabsichtigte Planungen tangiert werden. Falls Flächen hiervon betroffen sind, ist zu gewährleisten, dass eine Weiternutzung möglich ist oder ein adäquater Ersatz geschaffen wird.

12. 10-F-03-0033

Energetische und ökologische Sanierung des R + V Hochhauses
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 29.09.2010 -

Die Frankfurter IFM Immobilien AG will das R+V Hochhaus sanieren und die Fassade des Versicherungsgebäudes neu gestalten. Im Hinblick darauf, dass rund ein Drittel des Primärenergieverbrauchs in Deutschland auf die Nutzung von Gebäuden entfällt, wäre eine Sanierung des Hochhauses unter Berücksichtigung ökologischer und energetischer Gesichtspunkte („Green Building“) wünschenswert. Durch die energetische Sanierung kann bis zu 50 Prozent des Energieverbrauchs eingespart werden.

Beispiele für erfolgreiche energetische Hochhaussanierung finden sich u.a. in Frankfurt. Dort sind im November letzten Jahres mehrere Gebäude mit dem Green Building Award ausgezeichnet worden, u.a. das sanierte KfW-Hauptgebäude. In Freiburg entsteht derzeit das erste Passivhochhaus in Deutschland durch Sanierung eines 60-er Jahre Wohngebäudes.

Daher möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. den Investor auf die Vorteile einer Sanierung unter Berücksichtigung der „Green Building“ – Philosophie hinzuweisen und dabei insbesondere folgende Maßnahmen zu berücksichtigen:

- Wärmedämmung im Passivhausstandard
 - Nutzung von regenerativen Energien, z. B. Fotovoltaik- und/ oder Fotothermieanlagen, Wärmepumpe
 - Fassaden- und Dachbegrünung
 - Nutzung regionaler und umweltverträglicher Baustoffe
2. zu prüfen, wie der Investor bei der Realisierung dieser Maßnahmen fachlich und finanziell (z. B. durch den Innovations- und Klimaschutzfonds der ESWE Versorgungs AG) unterstützt werden kann.

13. 10-F-06-0061

Projekt "Platz der deutschen Einheit" und Standortfrage Stadtbibliothek
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 11.11.2010

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Das geplante PPP-Projekt "Bauen lassen/Kaufen/Generalvermieten" am Platz der deutschen Einheit (SV 10-V-01-0017 Projekt "Platz der deutschen Einheit") wird abgelehnt und nicht weiter verfolgt.
2. Für die Elly-Heuss-Schule wird am Platz der deutschen Einheit eine neue Sporthalle (Dreifeld-Sporthalle) errichtet.
3. Eine weitere Sporthalle, die auch vom Volleyballclub Wiesbaden für Bundesligaspiele und Training genutzt werden kann, wird in "mobiler Bauart", kurzfristig (vergleichbar der Errichtung der "Brita-Arena") an einem geeigneten Standort errichtet. Insbesondere ein Standort im Bereich Mainzer Straße ist zu prüfen.
4. Für den Platz der deutschen Einheit ist eine bürgernahe Gestaltung mit hoher Aufenthaltsqualität zu planen. Dabei ist zu prüfen, ob eine maximal einstöckige Teilbebauung (z.B. für Stadtbibliothek, Gastronomie o.a.) städtebaulich und wirtschaftlich sinnvoll ist, insbesondere unter Berücksichtigung der bereits vorhandenen Verkehrs- und Lärmbelastung in diesem Bereich sowie des Baugrundes (Faulbrunnenbereich).

14. 11-F-06-0011

Veröffentlichung der Anzahl der von § 53a Abs. 2 SGB II betroffenen Personen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 27.01.2011 -

Die so genannte „vorruhestandsähnliche Regelung“ sorgt dafür, dass Hartz-IV-Empfänger/innen über 58 Jahre, die ein Jahr lang kein sozialversicherungspflichtiges Stellenangebot vom Jobcenter bekommen haben, in der offiziellen Arbeitslosenstatistik nicht mitgezählt werden. Um gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Wiesbaden die tatsächliche Leistungsfähigkeit der optierenden Kommune transparent zu machen ist es geboten, die Zahlen jährlich zu veröffentlichen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass zukünftig jährlich die Anzahl der Personen gemäß § 53a Abs. 2 SGB II in Wiesbaden veröffentlicht werden.

15. 11-F-06-0012

Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 08.02.2011 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Stadtverordnetenvorsteher wird beauftragt, bei der Einleitungsbehörde für förmliche Disziplinarverfahren gegenüber Beigeordneten (Stadträten), dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, wegen gröblicher Amtspflichtverletzung die Einleitung eines förmlichen Disziplinarverfahrens gegen Herrn Stadtrat Prof. Dr.-Ing. Joachim Pös zu beantragen (§ 75 Abs. 1 HGO).

Begründung:

Vorwurf von gröblichen Amtspflichtverletzungen in folgenden Fällen:

1. Bebauungsplan und Baugenehmigungen Künstlerviertel - Holzhandlung Blum
2. Auskunftspflichtverletzungen betreffend Denkmalschutz Dernsche Höfe
3. Ausbau von Straßen (Kreisel Fichtestraße, Lahnstraße/Nassauer Straße)
4. Beteiligungsverfahren LH Wiesbaden an Landschaftsschutzgebietsverordnung
5. Regionalplan Südhessen
6. Planfeststellungsverfahren (Anhörung zum Autobahnausbau A 643 im Bereich Schiersteiner Brücke
7. Platz der deutschen Einheit)
8. Mitverantwortung für unnütze Ausgaben und illegale Anpflanzungen im Bereich Rheinwiesen Kastel ("Antikickerhügel")
9. Baumfällungen bei der Anlage von Parkplätzen in der Nähe der BRITA-Arena
10. Baumfällungen in der Nähe der Wartehalle B an der Bahnhofstraße

ANLAGE

16. 11-F-02-0008

Sport für Menschen mit Behinderung
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 07.02.2011 -

Seit 2007 ist der Behindertensportbeauftragte für die LHW tätig. Zu seinen Tätigkeiten gehört die aktive Förderung des Behindertensports in den Vereinen, aber auch die Unterstützung bei Vereinsneugründungen. Bereits viele Sportarten wurden durch diese Institution für gehandicapte Menschen zugänglich gemacht. Darunter waren zahlreiche Ballsportarten (Basketball, Fußball etc), aber auch Reiten und Judo stehen auf dem Programm.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zur Situation des Behindertensports in Wiesbaden zu berichten, insbesondere
 - + in welchen Sportarten zwischenzeitlich neue Angebote für Menschen mit Behinderung geschaffen werden konnten
 - + auf welche Resonanz die Angebote bei der Zielgruppe stoßen
 - + wo Behinderte und Nicht-Behinderte in gemeinsamen Gruppen Sport treiben
 - + inwieweit Sportvereine die Arbeit des Behindertenbeauftragten unterstützen bzw. bereit sind, an Menschen mit Behinderung gerichtete Angebote zu

- erweitern
- + ob sich Kooperationen mit dem Breitensport entwickelt haben, z.B. beim Erwerb des Sportabzeichens
- + inwieweit es gelungen ist, von Sponsoren Drittmittel für den Behindertensport einzuwerben.

2. die Möglichkeiten aufzuzeigen, wie im Sport dem Inklusionsgedanken verstärkt Rechnung getragen werden kann. Welche Maßnahmen seitens der Stadt sind hierzu erforderlich?

17. 11-F-01-0014

Heinrich-von-Kleist-Schule soll IGS werden
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 09.02.2011 -

Nach dem ‚Schulentwicklungsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden 2010 - 2015‘ soll, um der Nachfrage nach IGS-Plätzen gerecht zu werden, dem Antrag der Heinrich-von-Kleist-Schule auf Umwandlung in eine 3-zügige IGS entsprochen werden.

Nicht nur die Schule braucht für ihre weitere Arbeit Planungssicherheit, sondern auch die Eltern für die Planung des Bildungsweges ihrer Kinder.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, vorab der Genehmigung des gesamten ‚Schulentwicklungsplanes der Landeshauptstadt Wiesbaden 2010 - 2015‘ beim Kultusministerium eine Teilgenehmigung zu erwirken, die es der Heinrich-von-Kleist-Schule zum kommenden Schuljahr ermöglicht, als Integrierte Gesamtschule zu arbeiten.

18. 11-V-61-0015

DL 08/11-9, 06/11-1

Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost - Satzungsbeschluss -
Teilaufhebung und Aufhebung von Fluchtlinienplänen nach dem Hessischen Aufbaugesetz (HAG) und Bebauungsplänen im Geltungsbereich des Bebauungsplanentwurfs
"Komponistenviertel"

ANLAGE

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die
Antrag stellenden Fraktionen verantwortlich.

Tagesordnung II

1. 10-F-05-0007

Starke Stadt für Studis IV - Vermeidung von Hemmnissen beim Bau von Studentenwohnheimen
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 29.10.2010 -

ANLAGE

2. 10-F-07-0033

Ausländerbeirat

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 01.12.2010 -

ANLAGE

3. 11-F-06-0002

Einführung von Schulsozialarbeit an der IGS Kastellstraße zum Schuljahresbeginn 2011/2012

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 26.01.2011 -

ANLAGE

4. 11-F-06-0007

Protest gegen Kürzungen der Landesregierung beim Schul- und Vereinssport „Schutzschirm für Schul- und Breitensport“ Förderung der Zusammenarbeit von Schulen und Sportorganisationen
Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 26.01.2011

ANLAGE

5. 11-V-07-0001

DL 04/11-9, 03/11-9

Finanzierung zusätzlicher Salzmengen für die Winterperiode 2010/2011

6. 11-V-07-0002

DL 05/11-5

Projekt "Schnelligkeit, Sicherheit und Sauberkeit im Buslinienverkehr"

ANLAGE

7. 10-V-08-0009

DL 48/10-1

Inklusive Bildung - Modellvorhaben "Erweiterung des Gemeinsamen Unterrichts mit dem Ziel der Umsetzung des freien Elternwahlrechts"

8. 11-V-10-0001

DL 05/11-6

Planung eines neuen Bürgerhauses in Wiesbaden-Medenbach mit integrierter Feuerwehr, Ortsverwaltung und Sport

9. 11-V-10-0002

DL 01/11-12

Bürgerbegehren nach § 8 b Hessische Gemeindeordnung (HGO) - "Initiative für bürgernahes Bauen am Platz der deutschen Einheit in Wiesbaden"

- 10. 11-V-11-2001** **DL 02/11-5**
Fortsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Integrierten Gesundheitsmanagements
- 11. 10-V-12-0003** **DL 48/10-2**
Monitoring zur Weiterbildung in Wiesbaden
- 12. 10-V-20-0055** **DL 48/10-3**
Umbenennung und Änderung des Gesellschaftszwecks der ESWE Grundstücksverwaltungs GmbH
- 13. 10-V-20-0065** **DL 48/10-4**
Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt Wiesbaden 2009
- 14. 11-V-20-0001** **DL 05/11-9**
Rückführung von einmaligen und laufenden Verwaltungsentgelten an die Fehlsubventionierungsabgabe
- 15. 11-V-20-0003** **DL 05/11-10**
Neukonzeption Bürgerbeteiligung
- 16. 11-V-20-0005** **DL 04/11-10, 03/11-10**
Aktualisierung des Wirtschaftsplans 2011 der Wiesbaden Marketing GmbH und Kurhaus GmbH
- 17. 11-V-20-0006** **DL 02/11-6**
Haushaltsplan 2010/2011 - Genehmigungserlasse der Aufsichtsbehörde (2011)
- 18. 10-V-36-0013** **DL 48/10-6**
Hochwasserschutz Ortskern Sonnenberg, 2. Bauabschnitt, HWL Hofgartenplatz - Kosten, Finanzierung, Bauzeitplanung
- 19. 10-V-36-0025** **DL 05/11-1**
Energiesparwettbewerb des Landes Hessen - Erfolgsbilanz des adäquaten Projektes Prima Klima in der Stadt Wiesbaden

20. **10-V-36-0031** **DL 04/11-1, 03/11-1**
Wurfscheibenschießanlage DSB e.V., Abschlussbericht zur Bleischrotsanierung
21. **10-V-36-0032** **DL 05/11-2**
Entwicklung und Ausbau der Infrastruktur für Elektrofahrräder und Elektromobilität in Wiesbaden
22. **10-V-36-0036** **DL 04/11-2, 03/11-2 , 02/11-1**
Sanierung ehemalige Walkmühle, Wiesbaden - Mittelfreigabe für Sanierungsverlängerung
23. **10-V-40-0047** **DL 48/10-7**
Erhöhung der Schulbaupauschale 2009; teilweise Verwendung des Erhöhungsbetrages
24. **10-V-40-0048** **DL 48/10-8**
August-Hermann-Francke-Schule - Grundsatzvorlage für den Abriss und Ersatzbau der Turnhalle / Aula -
25. **11-V-40-0001** **DL 02/11-7**
Neubau und Generalsanierung der Joseph-von-Eichendorff-Schule; Genehmigung von Kosten gedeckt durch die Schulbaupauschalen 2008 - 2010
26. **11-V-40-0002** **DL 04/11-11, 03/11-11**
Schulhofumgestaltung der Brüder-Grimm-Schule und der Carlo-Mierendorff-Schule im Rahmen des Stadtumbaus Kastel/Kostheim
27. **10-V-41-0032** **DL 01/11-2**
Internationale Maifestspiele 2011; Programm
28. **10-V-41-0034** **DL 01/11-3**
Endgültiger Abschluss der Internationalen Maifestspiele 2010
29. **11-V-41-0001** **DL 01/11-13**
Vorabfreigabe 2011 Bereich Kultur II. Quartal 2011

30. **11-V-41-0009** **DL 08/11-7, 04/11-12 , 03/11-12**
Stadtbibliothek Wiesbaden; mögliche Unterbringung in der Mauritiusgalerie
31. **10-V-51-0024** **DL 48/10-9**
Ausbau Kindertagespflege
32. **10-V-51-0038** **DL 04/11-3, 03/11-3**
" Soziale Stadt Biebrich-SüdOst "; Neugestaltung des Rheinufers, Planung und Umsetzung
ANLAGE
33. **10-V-51-0040** **DL 48/10-10**
Ersatzneubau der städtischen Kindertagesstätte Geschwister-Stock-Platz
ANLAGE
34. **10-V-51-0054** **DL 01/11-4**
Erweiterung der Betreuenden Grundschule, Pavillons der Gustav-Stresemann-Schule
35. **10-V-51-0068** **DL 04/11-5**

Bericht über die Neustrukturierung der Leistungsprozesse im Jobcenter Wiesbaden und über die drastische Kürzung der Bundesmittel im Eingliederungstitel (EGT) gemäß SGB II
36. **11-V-51-0001** **DL 04/11-14, 03/11-14**
Geschäftsbericht SGB II - 1. Halbjahr 2010
37. **11-V-52-0003** **DL 04/11-16, 03/11-16**
Neubau eines Kunstrasens auf dem Sportplatz Naurod
ANLAGE
38. **11-V-52-0004** **DL 05/11-14**
Weitere Instandhaltungszuschüsse für vereinseigene Sportanlagen

39. **10-V-61-0039** **DL 08/11-3, 07/11-1 , 33/10-5**
Raumordnungsverfahren für ein Möbel- und Einrichtungshaus sowie für Fachmärkte im
Wirtschaftspark Mainz-Süd - Stellungnahme der Landeshauptstadt Wiesbaden
40. **10-V-63-0016** **DL 48/10-11**
Gesetz über die Förderung rationeller und umweltfreundlicher Energienutzung und die
Durchführung des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes in Hessen (Hessisches Energiegesetz
- HEG)
41. **10-V-63-0017** **DL 05/11-3**
Neubau von 2 Stadtvillen mit Tiefgaragen; Baugrundstück: Wiesbaden, Geisbergstraße 17/19
42. **10-V-63-0018** **DL 05/11-4**
Baugrundstück: Wiesbaden, Ludwig-Erhard-Straße 100, Neubau einer spezialisierten
Pflegeeinrichtung mit Akutgeriatrie
43. **10-V-64-0007** **DL 02/11-4**
Fortführung des Projektes " Ausbau des Energiemanagements bei der Landeshauptstadt
Wiesbaden " - Bereitstellung von zusätzlichem Personal
- ANLAGE**
44. **10-V-66-0212** **DL 01/11-5**
Otto-Suhr-Ring; Einrichtung eines Fußgängerüberweges
45. **10-V-66-0216** **DL 48/10-12**
Einrichtung einer Fußgängerquerung vor dem Biebricher Schloss
46. **10-V-66-0233** **DL 01/11-6**
Motorradparkplätze - Innenstadt
47. **10-V-66-0239** **DL 04/11-6, 03/11-6**
Hochheimer Straße - Neubau Geh- und Radweg
48. **10-V-66-0245** **DL 04/11-7, 03/11-7**

49. **10-V-66-0312** "Am Schloßpark" in Wiesbaden-Biebrich, 2. Bauabschnitt; - Grundinstandsetzung - **DL 01/11-7**

Gehwegerneuerungsprogramm in Wiesbaden und AKK 2011

50. **10-V-66-0313** **DL 01/11-8**

Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden und AKK 2011

51. **10-V-66-0314** **DL 04/11-8, 03/11-8**

Wiederherstellung von Wirtschaftswegen in Wiesbaden und AKK für 2011

52. **11-V-66-0201** **DL 05/11-15, 04/11-21**

Ausbau des Parkplatzes am Schloss Freudenberg

ANLAGE

53. **10-V-70-0009** **DL 01/11-9**

Überarbeiteter Wirtschaftsplan 2011

54. **10-V-80-8021** **DL 01/11-11**

Ausweitung Friedhofsteam - östliche Vororte

55. **10-V-80-8025** **DL 48/10-13**

2. Projektverlängerung " Neue Wege in den Beruf "

ANLAGE

56. **11-V-80-8003** **DL 01/11-14**

Ausbildungspakt 5+3 in 2011 und 2012

Tagesordnung III

1. **11-S-00-0001**

Entscheidung über die Durchführung des „Ferienausschusses“ am 17.03.2011; Übertragung der endgültigen Beschlussfassung zur Angelegenheit „Werbenutzung“ auf den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung

ANLAGE

2. **10-V-10-0023** **DL 01/11-1**

36. ordentliche Hauptversammlung des Deutschen Städtetages vom 03. Mai - 05. Mai 2011 in Stuttgart, Entsendung von Delegierten

ANLAGE

3. **10-V-16-0001** **DL 48/10-1 NÖ**

Angelika-Thiels-Preis des Jugendparlaments - Verleihungsrichtlinien

4. **11-V-16-0001** **DL 05/11-8**

Änderung der §§ 4, 6, 9, 13 und 14 der Ordnung für das Jugendparlament (JuPaO)

5. **10-V-30-0021** **DL 48/10-5**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden V (Wiesbaden-Erbenheim)

6. **11-V-51-0004** **DL 04/11-15, 03/11-15**

Nachwahl eines beratenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss

7. **10-V-61-0029** **DL 02/11-2**

Bebauungsplanentwurf " Dachsberg " im Ortsbezirk Dotzheim, Gemarkung Schierstein; Änderungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung

8. **10-V-61-0044** **DL 02/11-3**

Bebauungsplan "Im Herzen-West" im Ortsbezirk Erbenheim - Satzungsbeschluss - Aufhebung des Bebauungsplanes Erbenheim 1989/01 - Satzungsbeschluss

9. **10-V-61-0047** **DL 03/11-5**

Bebauungsplan "Steinkippel" im Ortsbezirk Dotzheim - Satzungsbeschluss -

10. **11-V-61-0001** **DL 04/11-17, 03/11-17**

Bebauungsplan "Medenbach - Ortsmitte" im Ortsbezirk Medenbach - Beschluss über die erneute öffentliche Auslegung -

11. 11-V-61-0010 DL 04/11-18, 03/11-18

Vorhabenbezogener Bebauungsplan "Revitalisierung des Stadtviertels - Südlich der Gerichtsstraße" im Ortsbezirk Mitte; Satzungsbeschluss

12. 11-V-61-0012 DL 04/11-19, 03/11-19

Bebauungsplanentwurf "Sportanlage Amöneburg" im Ortsbezirk Mainz-Amöneburg
- Beschluss über die Änderung und Aufstellung eines Bebauungsplanes nach BauGB -

13. 11-V-61-0013 DL 04/11-20, 03/11-20

Veränderungssperre "Sportanlage Amöneburg" im Ortsbezirk Mainz-Amöneburg
- Satzungsbeschluss -

14. 10-V-80-8008 DL 01/11-10

Lokale Ökonomie "Bleichstraße Plus" - Förderrichtlinie der Landeshauptstadt Wiesbaden über die Gewährung von Zuwendungen

15. 11-V-82-0001 DL 08/11-10

TriWiCon Betriebskommission - Bestellung der Personalvertreter gemäß § 6 (2), 3 EigBGes

ANLAGE

Zu den nachfolgenden Punkten finden Sondersitzungen statt:

16. 10-F-03-0034 DL 08/11-1

Verlängerung der Atomlaufzeiten: Auswirkungen auf die wirtschaftliche Situation von ESWE Versorgung
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.09.2010 -

ANLAGE

17. 11-V-14-0001 DL 05/11-7

Ersatzneubau Veranstaltungshalle Kulturzentrum Schlachthof; Ergebnisse Plausibilitätsprüfung

18. 11-V-41-0006 DL 08/11-6, 07/11-2

Ersatzneubau Veranstaltungshalle Kulturzentrum Schlachthof; Ausführungsvorlage

19. **11-V-41-0010** **DL 08/11-8, 04/11-13 , 03/11-13**
Nutzung des ehemaligen ProMarkts (Mainzer Straße) durch kuk/ Schlachthof e.V.
20. **11-V-41-0011** **DL 05/11-12**
Kulturzentrum Schlachthof; Sonderzuschuss für den Geschäftsbetrieb in 2011
21. **11-V-41-0007** **DL 05/11-11**
Hessisches Staatstheater Wiesbaden; actori Gutachten
22. **11-V-41-0012** **DL 05/11-13**
Internationale Kunstaktivitäten in Wiesbaden 2012
23. **10-V-61-0033** **DL 08/11-2, 43/10-3 , 41/10-12**
Bebauungsplan "Komponistenviertel" im Ortsbezirk Nordost
- Bericht des Dezernates IV vom 18.01.2011 -
24. **11-V-40-0003** **DL 08/11-5**
Friedrich-List-Schule - Containeraufstellung -
25. **10-V-70-0007** **DL 08/11-4, 39/10-10**
Rückstellungsbedarf der Deponie Dyckerhoffbruch
- ANLAGE**

Tagesordnung IV

1. **10-V-20-0068** **DL 48/10-2 NÖ**
Bürgerschaft
2. **11-V-20-0004** **DL 04/11-1 NÖ, 03/11-1 NÖ**
Patronatserklärung
3. **11-V-20-0008** **DL 05/11-1 NÖ**
Zinsrisikomanagement

4. **10-V-36-0033** **DL 48/10-3 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 25.11.2010
5. **10-V-41-0030** **DL 48/10-4 NÖ**
Zentrale der Stadtbibliotheken
6. **10-V-80-2320** **DL 48/10-5 NÖ**
Ehemalige Kiesgrube
7. **10-V-80-8024** **DL 02/11-1 NÖ**
Projekte der Abteilung Beschäftigungsförderung
8. **11-V-80-0001** **DL 04/11-2 NÖ, 03/11-2 NÖ**
" Wiesbaden der Gesundheitsstandort "
ANLAGE
9. **11-V-80-2301** **DL 02/11-2 NÖ**
Verkauf eines Gewerbegrundstücks
10. **11-V-80-2303** **DL 04/11-3 NÖ, 03/11-3 NÖ**
Verkauf eines Gewerbegrundstücks
ANLAGE
11. **11-V-80-2304** **DL 02/11-3 NÖ**
Logistikunternehmen
12. **11-V-80-2305** **DL 02/11-4 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks
13. **11-V-80-2306** **DL 02/11-5 NÖ**
Verkauf eines Baugrundstücks

14. 11-V-80-2308

DL 04/11-4 NÖ, 03/11-4 NÖ

Verzeichnis der vom 01. Oktober 2010 bis 31. Dezember 2010 genehmigten
Grundstücksvorlagen

15. 11-V-80-2309

DL 04/11-5 NÖ, 03/11-5 NÖ

Verkauf von Teilflächen

16. 11-A-02-0001

Fraktionsfinanzierung 2011 - 2016

ANLAGE

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher